

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 25. Januar 1984

am Donnerstag, dem 26. Januar 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	66, 67	Frau Männle (CDU/CSU)	32
Austermann (CDU/CSU)	27, 79	Müller (Schweinfurt) (SPD)	42, 43
Bachmaier (SPD)	56, 57	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	46, 47
Bastian (DIE GRÜNEN)	63, 64	Frau Odendahl (SPD)	97, 98
Becker (Nienberge) (SPD)	19, 75	Paterna (SPD)	68
Bindig (SPD)	76, 77	Pauli (SPD)	71, 72
Buckpesch (SPD)	84, 85	Pfuhl (SPD)	69, 70
Dr. Czaja (CDU/CSU)	9, 10	Pohlmann (CDU/CSU)	60, 61
Dreßler (SPD)	54, 55	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	1, 24
Fischer (Homburg) (SPD)	21, 22	Dr. Rose (CDU/CSU)	44, 45
Gansel (SPD)	25, 26	Roth (SPD)	48, 49
Grünbeck (FDP)	2, 78	Schlottmann (CDU/CSU)	3
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	88, 89	Dr. Schöfberger (SPD)	37, 38
Hinsken (CDU/CSU)	73, 74	Schreiner (SPD)	8
Dr. Hirsch (FDP)	13, 90	Seehofer (CDU/CSU)	14, 15
Dr. Hupka (CDU/CSU)	6, 7	Dr. Soell (SPD)	4, 5
Jung (Lörrach) (CDU/CSU)	33, 34	Dr. Sperling (SPD)	17, 18
Kastning (SPD)	28, 29	Dr. Steger (SPD)	20, 95
Kirschner (SPD)	16, 41	Frau Steinhauer (SPD)	80, 81
Kittelmann (CDU/CSU)	96	Stiegler (SPD)	58, 59
Klein (Dieburg) (SPD)	82, 83	Stutzer (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Kübler (SPD)	86, 87	Uldall (CDU/CSU)	30, 31
Kühbacher (SPD)	91, 92	Voigt (Frankfurt) (SPD)	65
Kuhlwein (SPD)	62, 99	Weinhofer SPD)	50, 51
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	23	Dr. de With (SPD)	52, 53
Dr.-Ing. Laermann (FDP)	93, 94	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	35, 36
Lennartz (SPD)	11, 12		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	14

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Werbung für Kriegswaffen und Rüstungsgüter, Verherrlichung von Gewalt und Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker ist und demnach gesetzlich verboten werden müßte?
2. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) Sieht die Bundesregierung in Anbetracht der Rechtsstreitigkeiten, der ergangenen Urteile und Berufungen nicht jetzt einen dringenden Handlungsbedarf, um im Sinne des § 2 des Miethöhengesetzes die 30-Prozent-Kappungsklausel auch bei bindungsfrei gewordenen Sozial- und Staatsdienst-Wohnungen in jeder Weise unumstritten zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

3. Abgeordneter
Schlottmann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen, wonach in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr zwischen 3 000 und 5 000 Kinder mit Mißbildungen geboren werden, die auf übermäßigen Alkoholgenuß der werdenden Mutter zurückzuführen sind, und hält die Bundesregierung über bisherige Informationen hinaus weitere Maßnahmen z. B. über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung für notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

4. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Einbau von Zwischenwassermessern auch in älteren Eigentumswohnungen eine beträchtliche Eindämmung des Wasserverbrauchs erreicht werden könnte?
5. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, dieses sinnvolle Vorhaben durch eine entsprechende Gesetzesinitiative in die Tat umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

6. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Worin liegen die Gründe, daß bisher keine Vereinbarungen über die Pflege deutscher Kriegsgräber und die Instandsetzung von Gräberanlagen mit der Volksrepublik Polen getroffen werden konnten, und ist die Bundesregierung bereit, dieses menschenrechtliche Thema in die Gespräche und Verhandlungen mit Polen wieder einzuführen?
7. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Nachricht bestätigen, daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio „aus politischen Gründen die Präsentation der Wehrtechnik“ auf der deutschen Leistungsschau (Eröffnung 23. April 1984) „verhindert hat“ (FAZ 14. Januar 1984), und welches sind bejahendenfalls die Gründe hierfür?

8. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Ausführungen des sowjetischen Verhandlungsführers bei den Genfer INF-Gesprächen (abgedruckt u. a. in der „New York Times“ und in der „Frankfurter Rundschau“ vom 16. Januar 1984), die Bundesregierung habe mittels manipulativer Maßnahmen im November 1983 eine denkbare Einigung der Verhandlungsmächte zunichte gemacht, nach der unter der Voraussetzung des Verzichts auf westliche Nachrüstung die Sowjetunion 572 Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen zu liquidieren gehabt hätte und der verbliebene Rest als ungefähres Gegengewicht zu den britischen und französischen Mittelstreckententialen verstanden worden wäre?
9. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist nach dem verbindlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 nicht auch die Bundesrepublik Deutschland als „nichtabtrennbarer Teil“ ganz Deutschlands „auch verantwortlich für das ganze Deutschland“ (vergleiche Präambel des Grundgesetzes), ebenso wie als gleichberechtigter Unterzeichnerstaat im Zusammenwirken mit den Drei Mächten für die Verpflichtungen und Ziele nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages, so daß sie ständige Bemühungen zu den „vorbehaltenen“ Siegerrechten (Antwort vom 6. Januar 1984) in der NATO nach dem Harmel-Bericht und in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit nach den Römischen Verträgen fordern und fördern kann?
10. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Parlaments an die Bundesrepublik Deutschland, verfassungswidrig mindestens 1,1 Millionen Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen und die damit verbundene Verletzung der zum Warschauer Vertragswerk gehörenden, von der polnischen Delegation entgegengenommenen Erklärung des früheren Bundesaußenministers Scheel zu den Rechten der Deutschen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Anregung aufgreifen, daß nach japanischem Vorbild auch die Grenzwerte für Stickoxide verschärft werden sollten im Rahmen der jetzt verabschiedeten Großfeuerungsanlagen-Verordnung und daß die, die diese Grenzwerte nicht einhalten, eine Stickoxidabgabe zahlen sollten?
12. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen und in welchem Umfang kann der Stickoxidausstoß von Kraftwerken gesenkt werden, wenn vom augenblicklichen Stand der Technik ausgegangen wird?
13. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Bildschirmtext-Verkehr nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz und nach § 100a StPO in derselben Weise überwacht werden kann wie der Telefonverkehr?
14. Abgeordneter
Seehofer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bundesdeutsche Automobilhersteller bereits jetzt Personenkraftwagen in Serie mit Katalysatoren anbieten?

15. Abgeordneter
Seehofer
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen ist es heute noch so schwierig, unverbleites Benzin auf dem freien Markt zu erhalten, und wie könnte hier Abhilfe geschaffen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

16. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Kann die Bundesregierung die Auffassung von Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg bekräftigen, wonach in diesem Jahr mit den höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden kann, und sieht sie darin einen ursächlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung?
17. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die im letzten Jahresgutachten des Sachverständigenrates vertretene Auffassung, daß bei der Neugestaltung der steuerlichen Behandlung von Wohneigentum eine höhere Besteuerung der jetzigen Wohneigentümer angebracht ist?
18. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung aus dem letzten Gutachten des Sachverständigenrates, daß es bei der Neugestaltung der steuerlichen Behandlung von Wohneigentum erforderlich ist, Veräußerungsgewinne, die beim Verkauf von Wohneigentum erzielt werden, steuerlich wirksamer zu erfassen?
19. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Wie viele Beförderungs-Planstellen stehen im Jahr 1984 für die Beamten des Bundes zur Verfügung?
20. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hat die Bundesregierung die Förderung nach § 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) für Biogasanlagen technisch und ökonomisch so spezifiziert, daß die einheitliche Handhabung der Vorschrift erreicht wird?
21. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Industrieverwaltungsgesellschaft mbH Gelände am ehemaligen Zollbahnhof in Homburg/Saar an die Saarbergwerke AG verkauft hat zwecks Anlegung einer Kohlehalde?
22. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der damalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Haehser, am 5. März 1981 bestätigt hat, daß die Saarbergwerke als Käufer obigen Geländes aus umweltpolitischen Erwägungen nicht in Frage kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

23. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Bundesrepublik Deutschland bei der Verteilung der Mittel des Europäischen Regionalfonds insofern schlecht weggekommen ist, als der der Bundesrepublik Deutschland zustehende Anteil von 4,65 v. H. der Gesamtmittel des Fonds ca. 350 Millionen DM ausmacht, sie tatsächlich aber nur 98,8 Millionen DM für Regionalprojekte erhalten hat?

24. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, daß die nach einer Lizenz der Firma Motoren-Turbinen-Union (MTU), Friedrichshafen, in Rumänien hergestellten Motoren im Leistungsbereich 470 PS bis 1360 PS einer militärischen Verwendung zugeführt werden?
25. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung im vergangenen Jahr eine Genehmigung für die Lieferung von 40 000 kugelsicheren Panzerwesten an die syrische Regierung erteilt hat?
26. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Regierung der USA die Bundesregierung ersucht hat, die Genehmigung rückgängig zu machen, um die Lage im Nahen Osten nicht weiter zu verschärfen?
27. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß zu einer Verbesserung des Entsorgungsangebotes und der Überwachung der Reinhaltung der Meere nach dem MARPOL-Abkommen die Bezuschussung der ungedeckten Kosten der Entsorgung der Binnenschifffahrt nach dem Altölgesetz vorübergehend auf die Hochseeschifffahrt ausgedehnt werden sollte?
28. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Mit welchen Ergebnissen hat die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär Pfeifer in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 9. November 1983 (Plenarprotokoll 10/32) auf eine Frage des Abgeordneten Kuhlwein (SPD) angekündigte Bestandsaufnahme über die Auswirkungen der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungsverordnung auf die Ausbildungsplatzsituation im Bereich der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt?
29. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, an der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungsverordnung in der bisherigen Fassung festzuhalten?
30. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Wie viele Existenzneugründungen wurden im Jahr 1983 — aufgeschlüsselt nach Branchen — vorgenommen, und wie hoch ist die Veränderung gegenüber dem Vorjahr?
31. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Informationen, wie viele Arbeitsplätze in den neu gegründeten Unternehmen zwei Jahre nach Gründung angeboten wurden (z. B. Anzahl der Arbeitsplätze 1983 in den Unternehmen, die 1981 geschaffen wurden)?
32. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU) Ist von einem unterdurchschnittlichen Anteil der Anträge von Frauen im Hinblick auf Existenzgründungsdarlehen auszugehen, wenn ja, worin liegen nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe dafür?
33. Abgeordneter
Jung
(Lörrach)
(CDU/CSU) Besitzt die Bundesregierung Informationen über die Zahl der Unternehmen, die zwei Jahre nach Gründung ihren Betrieb einstellen mußten?
34. Abgeordneter
Jung
(Lörrach)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welches die wesentlichen Ursachen waren, die die Unternehmen zur Einstellung ihres Betriebs zwangen?

35. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Stimmen die Behauptungen des „Bonner-Energie-Report“ Nr. 23/24 vom 31. Dezember 1983, daß im Bundesministerium für Wirtschaft im Zusammenhang mit dem „Kohleverstromungsvertrag“ „Geheimpläne bzw. Denkmodelle“ bestehen, daß nach den NRW-Landtagswahlen 1985 der „Kohleverstromungsvertrag“ aufgekündigt wird, deutsche Steinkohle durch Importkohle ersetzt werden soll und den „Treueschwüren“ der Bundesregierung nicht zu trauen ist?
36. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Steht die Bundesregierung für die Laufzeit des „Jahrhundertvertrages“ uneingeschränkt zu Ziel und Inhalt dieses Vertragswerkes, wird sie alles tun, um die Eckpfeiler Kohleverstromung und Absatz an inländische und EG-Stahlindustrie zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

37. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die im Bundeshaushalt 1984 vorgesehenen Gesamtausgaben für Maßnahmen der öffentlichen Hand, die üblicherweise zu Eingriffen in Natur und Landschaft im Sinne des § 8 Abs. 1 BNatSchG führen, und jene Gesamtausgaben, die nötig sind, um unvermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft gemäß § 8 Abs. 2 BNatSchG auszugleichen?
38. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung kurz-, mittel- oder langfristig zu ergreifen oder gegenüber Ländern und Gemeinden anzuregen, um den im Abschlußbericht der Projektgruppe „Aktionsprogramm Ökologie“ (Umweltbrief Nr. 29 des Bundesministeriums des Innern) unter Nr. 179 aufgeführten „schwerwiegenden ökologischen Schwachstellen“ der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland wirksam zu begegnen?
39. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in dem Rückgang der Feuchtgebiete eine Gefahr für die Wiesenvögel, wenn ja, wird sie sich – gegebenenfalls unter finanzieller Beteiligung – für die Einrichtung großflächiger, wenn notwendig auch Bundesländer übergreifende Naturschutzgebiete einsetzen?
40. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Könnten nach Auffassung der Bundesregierung durch die Ausweisung zusammenhängender, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR grenzübergreifender Naturschutzgebiete neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschaffen werden, wenn ja, hat die Bundesregierung mit der DDR darüber verhandelt oder wird sie verhandeln?
41. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wieviel Tonnen Obst und Gemüse wurden im Wirtschaftsjahr 1981/1982 in der EG vom Markt genommen (interveniert), und wie wurden diese elf Produkte verwendet?

42. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland die Geflügelhaltung ebenso wie die Schweinezucht und -mast mehr und mehr vom landwirtschaftlichen Familienbetrieb zu gewerblich betriebenen Großanlagen verlagert, und was gedenkt sie zu unternehmen, um den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe zu fördern?
43. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe in diesem Bereich gegenüber den gewerblichen Großbetrieben benachteiligt sind, und ist sie bereit, hier unverzüglich für Wettbewerbsgleichheit zu sorgen?
44. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bewußt, daß viele Grenzlandbauern des Bayerischen Waldes sich in den letzten Jahren auf Grund staatlicher Empfehlungen auf die Milchwirtschaft konzentriert und das Risiko einer Betriebserweiterung mit jetzigem hohen Schuldendienst auf sich genommen haben?
45. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Lage dieser Milchbauern, die wegen ihrer geographischen Heimat keine Ausweichmöglichkeit haben, angesichts der drohenden Milchkontingentierung vor dem Ruin zu bewahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Zahl der Krankenkassen, die im Jahre 1983 den Beitrag gesenkt haben, und wie gliedert sich diese in Allgemeinen Ortskrankenkassen, Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen?
47. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Um welchen Prozentsatz sind die Beiträge im Durchschnitt gesenkt worden, und wie hoch ist jetzt der tatsächliche Durchschnittsbeitrag für die einzelnen Krankenkassenarten?
48. Abgeordneter
Roth
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung der Bundesanstalt für Arbeit entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen?
49. Abgeordneter
Roth
(SPD) Greift die Bundesregierung den Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Späth, auf, den arbeitslosen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland eine Beschäftigung im Bereich der Altenpflege, der Sozialstationen, der Heilberufe und des Umweltschutzes bereitzustellen?
50. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Wie begründet die Bundesregierung ihre Absicht, in einem Gesetzentwurf für versicherte Arbeitnehmer die Möglichkeit einräumen zu wollen, durch Verzicht auf einen Teil ihres Urlaubs für Kurmaßnahmen die Verpflichtung gegenüber dem Versicherungsträger auf Zuzahlung von 10 DM je Kurtag abzulösen?

51. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß solche gesetzliche Regelungen dazu führen könnten, die Allgemeinverbindlichkeit von tarifvertraglichen Regelungen zu beeinträchtigen?
52. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Wie hoch ist die jährliche Anzahl der in Konkursverfahren vereinbarten Sozialpläne für die Jahre 1975 bis 1983?
53. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Wie hoch ist das jährliche DM-Gesamtvolumen der in den Jahren 1975 bis 1983 im Konkurs vereinbarten Sozialpläne, und wie hoch ist die durchschnittliche Höhe eines derartigen Sozialplans im selben Zeitraum?
54. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Wie verteilen sich die im Konkurs abgeschlossenen Sozialpläne nach den sechs größten Unternehmensbranchen und Unternehmensgrößen?
55. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Wie viele Arbeitnehmer waren jährlich im Zeitraum von 1975 bis 1983 von im Konkurs abgeschlossenen Sozialplänen betroffen, und welchen finanziellen Anteil am Sozialplan hatte der einzelne Arbeitnehmer im Durchschnitt?
56. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Zu welchem Prozentsatz wurden die Gläubiger des Sozialplans im Konkurs letztendlich befriedigt für den Zeitraum vor der Entscheidung des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts vom 13. Dezember 1978 und nach diesem Zeitraum?
57. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Welchen wirtschaftlichen Wert mißt die Bundesregierung künftigen Sozialplanansprüchen im Lichte der vorgenannten Frage zu, nachdem der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts mit Beschluß vom 19. Oktober 1983 die Urteile des Bundesarbeitsgerichts vom 19. Dezember 1979 aufgehoben hat?
58. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie viele Sozialpläne in Konkursverfahren sind in den Jahren 1975 bis 1983 durch Anrufung der Einigungsstelle zustande gekommen, und in welchem Umfang ist die Einigungsstelle im Durchschnitt von den Anträgen der Betriebsräte abgewichen?
59. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rangordnung von Sozialplanabfindungen im Konkurs auf die Abwicklung bereits abgeschlossener und die Voraussetzungen für den Neuabschluß von Sozialplänen, und was wird die Bundesregierung tun, um die Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Rechtsberater, die im Vertrauen auf die gefestigte Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts von der Vorrangigkeit von Sozialplanansprüchen ausgegangen sind, vor Enttäuschungen dieses Vertrauens zu schützen?
60. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Welche Gründe sind bestimmend, Blitzschutzbetriebe zur Winterbau-Umlage heranzuziehen, für die auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Handwerkszweigen feststeht, daß sie dem fachlichen Geltungsbereich der Bautarife nicht unterliegen und somit mangels der Tatbestandsvoraussetzungen des § 83 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) Leistungen aus der Produktiven Winterbauförderung nicht oder nicht in vollem Umfang beanspruchen können?

61. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU)
- Welche wesentliche Belebung der Bautätigkeit in der Schlechtwetterzeit erwartet die Bundesregierung durch die Einbeziehung von Blitzschutzfirmen in die Produktive Winterbauförderung, wenn bekannt ist, daß dem inneren Blitzschutz immer größere Bedeutung zukommt und dieser von Firmen ausgeführt wird, die dem fachlichen Geltungsbereich der Baurufe nicht unterliegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

62. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für Soldaten, Reservisten und ungediente Wehrpflichtige, die den Wehrdienst verweigern wollen, zu ihrem Recht zu kommen, obwohl Anerkennungsausschüsse und Prüfungskammern für sie noch nicht gebildet sind?
63. Abgeordneter
Bastian
(DIE GRÜNEN)
- Billigt die Bundesregierung die zunehmende Tendenz zur Kritik an Politikern durch ranghohe Offiziere der Bundeswehr bei öffentlichen dienstlichen Veranstaltungen, wie sie z. B. in der Kritik General Zedlers an Oskar Lafontaine anlässlich einer Kommandoübergabe und General Pranges an den Abgeordneten Bastian anlässlich eines öffentlichen Gelöbnisses zum Ausdruck gekommen ist?
64. Abgeordneter
Bastian
(DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen und mit welchen Begründungen sind Soldaten der Bundeswehr seit dem 1. Januar 1981 Sicherheitsstufen lediglich wegen einer politischen Betätigung zugunsten einer in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen demokratischen Partei aberkannt worden?
65. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Plant die Bundesregierung — wie die Aviation Week & Space Technologic am 28. November 1983 berichtet — die Beschaffung von Martin Marietta Pershing I B-Raketen zum Preis von ca. 731 Millionen Dollar?
66. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Treffen in der Rems-Zeitung vom 9. November 1983 veröffentlichte Informationen der baden-württembergischen Landesregierung zu, denen zufolge der von den US-Streitkräften in Schwäbisch Gmünd/Unterbettringen-Lindenfeld geplante Bau einer Schießanlage „tot sei“, oder ist die Information, die ich vom Bundesverteidigungsminister erhalten habe, richtig, daß die US-Streitkräfte das Vorhaben in der Absicht zurückgestellt haben, um zu prüfen, ob die vorgesehenen Einrichtungen an anderer Stelle errichtet werden können und das Bundesministerium der Verteidigung mit den amerikanischen Streitkräften nach einer Möglichkeit suchen werde, auf das Vorhaben zu verzichten?
67. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Wurde das Gespräch mit den amerikanischen Streitkräften — falls die Auskunft des Bundesverteidigungsministeriums zutrifft — aufgenommen, und kann gegebenenfalls davon ausgegangen werden, daß die US-Streitkräfte auf das Vorhaben verzichten?

68. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Gibt es Einwirkungen des Bundesministeriums der Verteidigung auf die Hochschulen der Bundeswehr, Wehrdienstverweigerern keine Lehraufträge zu erteilen, oder sieht sich das Bundesministerium der Verteidigung umgekehrt veranlaßt, einer solchen Praxis entgegenzuwirken?
69. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Planung neuer Unterkunfts- und Sozialgebäude in den Bundeswehrstandorten auf Mitberatung der Soldaten-, Unteroffiziers- und Offiziersvertreter einzuwirken, um die praktische Erfahrung und die Wünsche der späteren Benutzer in die Planung der Staatsbauverwaltungen einfließen zu lassen?
70. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß seitens der Truppe lebhaft darüber geklagt wird, daß die Winterausrüstung hinsichtlich Stiefel, Handschuhe und Parka unzureichend sei, die Kampfstiefel für den Sommer geeignet, jedoch im Winter stark wasserdurchlässig seien und im Gegensatz zur Ausrüstung der US-Truppen keine Überschuhe aus Gummi zur Verfügung stünden und daß die Parkas nicht nur beim Wachdienst gegenüber den modernen Steppjacken (Thermojacken) eindeutig schlechter im Wärmeschutz seien, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

71. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit der Wiedereinführung von Spikes-Autoreifen, wenn dadurch einerseits eine höhere Verkehrssicherheit und andererseits geringere Mengen von Streusalz erreicht würden?
72. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung die Einführung von Autobahngebühren, um damit eine neue Steuerquelle einzuführen?
73. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die österreichische Bundesregierung die Kosten für Jahresmautkarten für Ausländer zwar gesenkt, aber gleichzeitig den Straßenverkehrsbeitrag um 50 v. H. erhöht hat und somit sich keine Verbesserungen für das Lastkraftwagen-Gewerbe ergeben?
74. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Was will die Bundesregierung dagegen tun?
75. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Streckenabschnitte des Dortmund-Ems-Kanals für „1000-Tonnen-Schiffe“ bis 1990 schiffbar gemacht werden?
76. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Wie ist im Bundeshaushalt 1983 im Land Baden-Württemberg der Mittelabfluß bei den Hauptbautiteln für Um-, Aus- und Neubau von Bundesautobahnen und Bundesstraßen im Vergleich von Soll und Ist verlaufen, und welche Anteilsquote an den Straßenbaumitteln des Bundes hat damit das Land Baden-Württemberg erreicht?

77. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Worin liegen gegebenenfalls die Ursachen für Differenzen zwischen Soll und Ist beim Mittelabfluß für Straßenbaumaßnahmen bei den Hauptbautiteln im Land Baden-Württemberg?
78. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) Sind der Bundesregierung Zahlen aus 1983 bekannt, wonach die Unfallzahlen im Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs weiterhin zunehmen, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
79. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Welche konkreten Maßnahmen sind infolge des MARPOL-Abkommens zur Verhinderung der Verschmutzung der Meere seit 1973 von den jeweiligen Bundesregierungen bis zum Inkrafttreten des Abkommens im Oktober 1983 eingeleitet worden?
80. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß die Bundesbahndirektion Essen das Bahnwerk Siegen angewiesen hat, zum 1. September 1984 lediglich sechs Auszubildende für gewerblich-technische Berufe einzustellen, obwohl das Bahnwerk Siegen z. Z. über eine Ausbildungskapazität von insgesamt 30 Plätzen pro Jahr verfügt, und gibt es vergleichbare Anweisungen für andere Ausbildungswerkstätten?
81. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß gerade angesichts der Ausbildungsplatzsituation in Bundesbetrieben alle Ausbildungskapazitäten genutzt werden müssen, und ist sie bereit, über ein Sonderkontingent die 24 Ausbildungsplätze beim Bahnwerk Siegen zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren?
82. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Ist der in der Pressemitteilung des Bundesministers für Verkehr vom 11. Januar 1984 zum Thema S-Bahn in der Region Offenbach wiedergegebene Zeitplan richtig, demzufolge die Fertigstellung der S-Bahn-Strecken im Kreis Offenbach bis zur Fertigstellung der Baustufe 2, d. h. bis zum Jahre 1993 anzustreben ist?
83. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Weshalb enthielt die Antwort von Staatssekretär Bayer an den Abgeordneten Buckpesch (Drucksache 10/819, Frage 81) in Sachen S-Bahn im Raum Offenbach nur inhaltsarme Angaben, während einen Monat später Bundesverkehrsminister Dr. Dollinger mit relativ präzisen und auch hoffnungsvoll stimmenden Aussagen aufwarten konnte?
84. Abgeordneter
Buckpesch
(SPD) Trifft es zu, daß der Bundesminister für Verkehr, Dr. Dollinger, am 11. Januar 1984 in einem Gespräch mit dem Offenbacher Oberbürgermeister, Dr. Suermann, und dem Landrat des Kreises Offenbach, Rebel, die begrüßenswerte Zusicherung gab, er werde sich für den Bau einer S-Bahn zwischen Offenbach-Stadt und Rödermark und Offenbach-Stadt und Dietzenbach im Kreis Offenbach einsetzen, da er diesen Anschluß für sinnvoll halte?

85. Abgeordneter
Buckpesch
(SPD) Steht diese Aussage im Einklang mit dem Kabinettsbeschuß vom 23. November 1983, in dem auf Seite 8 unter Punkt 3.4 zu lesen ist: „Für den Bau neuer S-Bahnen in den Ballungsräumen ist Voraussetzung, daß dem Bund und der Deutschen Bundesbahn keine neuen Folgekosten entstehen?“
86. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wird sich die Deutsche Bundesbahn am Rhein-Neckar-Nahverkehrsverbund beteiligen, und welche Formen der Kooperation wird die Deutsche Bundesbahn anstreben?
87. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Sieht die Bundesregierung durch das Aushängen von zwei Kampfschriften des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände zur Frage der Arbeitszeitverkürzung in den Zügen der Deutschen Bundesbahn nicht den Tatbestand der einseitigen Bevorzugung eines Tarifpartners durch eine öffentliche Bundeseinrichtung als erfüllt an, und zu welchem Preis wurden diese Exemplare ausgehängt?
88. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß die Bundesbahnlinie Braunschweig–Uelzen im Zonenrandgebiet in ihrer Existenz gefährdet ist, weil die dann notwendig werdenden Renovierungsarbeiten, z. B. an der Brücke über dem Mittellandkanal zwischen Wenden und Meine, nicht unternommen werden sollen?
89. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) In welcher Höhe liegen die voraussichtlich anfallenden Kosten für den Erhalt der Strecke?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

90. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Besteht zwischen Bund und Ländern Übereinstimmung darüber, wer für den Erlaß von Datenschutzregelungen beim Bildschirmtext zuständig ist, und welche Sicherungen bestehen für Bildschirmtext-Teilnehmer, wenn die Deutsche Bundespost, wie angekündigt, den Anschluß im Ausland installierter Bildschirmtext-Datenbanken zuläßt, die dem deutschen Datenschutzrecht nicht unterliegen?
91. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Wieviel Auszubildende des Fernmeldehandwerks bei der Deutschen Bundespost (DBP) werden im Sommer 1984 ihre Abschlußprüfung machen, und wieviel davon werden voraussichtlich bei der DBP keinen Arbeitsplatz im fernmeldetechnischen Dienst erhalten?
92. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Wenn ein Teil der Ausbildungsabsolventen nicht von der Deutschen Bundespost übernommen werden kann, ist es dann nicht erforderlich, die „Verordnung über die Berufsausbildung zum Fernmeldehandwerker“ dergestalt zu ändern, daß postspezifische Ausbildungsinhalte gekürzt werden zugunsten der in der Wirtschaft geforderten Fähigkeiten und Fertigkeiten im Bereich der Elektronik, und wird der zuständige Bundesausschuß für Berufsbildung durch Änderung der Ausbildungsordnung die gegenwärtige Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation von Fernmeldehandwerkern berücksichtigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

93. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP) Welche Regelungen bezüglich der engeren Zusammenarbeit in Europa bei der Entwicklung von Kernkraftwerken des Typs „Schneller Brüter“ sieht das nunmehr von Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Abkommen im einzelnen vor?
94. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP) Welche europäische Arbeitsteilung ist in diesem Abkommen vorgesehen, und trifft es insbesondere zu, daß dabei die Wiederaufarbeitung von Frankreich übernommen wird?
95. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wieso hält der Bundesminister für Forschung und Technologie das Forschungsprogramm 1984 bis 1987 der Gemeinsamen Forschungsstelle mit dem Schwerpunkt auf nukleare Sicherheit für einen „wesentlichen Fortschritt“ (BMFT-Pressemitteilung vom 14. Dezember 1983), wenn er andererseits der Auffassung ist, bei der nuklearen Sicherheitsforschung nähere sich der Erkenntnisgewinn zunehmend Null?
96. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Weshalb und durch welche Maßnahmen verhindert die Bundesregierung, laut einer Geld/Werbe-Anzeige des „Forschungsinstitut für Friedenspolitik e. V. Dr. Alfred Mechtersheimer“ (Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom 7./8. Januar 1984), die Arbeit der Friedensforschung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

97. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD) Welche Mittel sind dafür vorgesehen, die 1983 auslaufenden Modellversuche für die Ausbildung junger Frauen in gewerblich-technischen Berufen weiterhin zu fördern, nachdem Frau Bundesministerin Wilms vor dem Deutschen Bundestag am 19. Januar 1984 die Fortführung dieser Programme zugesagt hat?
98. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD) In welcher Form sollen diese Programme für die Ausbildung junger Frauen in gewerblich-technischen Berufen fortgeführt werden?
99. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge der Wissenschafts- und Forschungsorganisationen, die zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses angekündigte Bundesbeteiligung in Höhe von 25 Millionen DM nunmehr zur Finanzierung von Stipendien für nachqualifizierte promovierte Nachwuchswissenschaftler zu nutzen?

Bonn, den 20. Januar 1984

